MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung

Geschäftsführung: Wolfgang Engler

Telefon: 06421 201-1462
Telefax:
E-Mail: soziales@marburg-stadt.de

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Freitag von 8 – 12 Uhr
Donnerstag von 15 – 18 Uhr
und nach Vereinbarung

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung

Marburg, 13.04.2017

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer **Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich)** der Stadtverordnetenversammlung am

Mittwoch, den 26.04.2017, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg,
Tel.Nr.: 201 12 60

lade ich Sie hiermit fristgerecht ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1 Eröffnung der Sitzung

2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.03.2017

3 Anträge der Fraktionen

3.1 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Vormundschaft persönlich
Vorlage: VO/5136/2016

3.2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verbesserung der Kinderbetreuung für Berufstätige
Vorlage: VO/5313/2017

3.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Lebensbedingungen und Perspektiven von Jugendlichen in Marburg 2017
Vorlage: VO/5364/2017

3.4 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Kindertagesstätten-Bauprogramm (KiBaP)
Vorlage: VO/5368/2017

4 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Platzvergabe in der Kindertagesbetreuung
Vorlage: VO/5367/2017

5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Aufstellung eines städtischen Rahmenplans am oberen Rotenberg/ Höhenweg
Vorlage: VO/5450/2017

5.1 Antrag der Piratenpartei betr. Haushalt VII - Erhöhung der KITA-Zuweisungen durch das Land Hessen
Vorlage: VO/5481/2017

5.2 Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Stand der Umsetzung des Konzepts zur Wohnungslosenhilfe der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/5362/2017

6 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Roland Böhm
Vorsitzender

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich) der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin:	Mittwoch, 22.03.2017
Sitzungsbeginn:	17:04 Uhr
Sitzungsende:	19:37 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Herr Roland Böhm - Marburger Linke -	
reguläre Mitglieder	
Herr Winfried Kissel - CDU -	
Frau Alexandra Klusmann - SPD -	
Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke -	
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD -	
Frau Gabriele Mensing - BfM -	
Herr Stephan Muth - CDU -	
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen -	
Frau Runhild Piper - CDU -	
Herr Ulrich Severin - SPD -	
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen -	
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL -	

Entschuldigte Mitglieder	
reguläre Mitglieder	
Frau Bettina Böttcher - SPD -	- entschuldigt -
Herr Michael Selinka - FDP/MBL -	- entschuldigt -
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei -	- entschuldigt -

.

Anwesend waren

vom Magistrat:	Oberbürgermeister Herr Dr. Spies Bürgermeister Herr Dr. Kahle
von der Verwaltung:	Frau Meier, Frau Lambrecht, Frau Siebler, Frau Dr. Amend-Wegmann, Herr Schmidt, Herr Wege
vom Behindertenbeirat:	Frau Mayer
vom Ausländerbeirat:	Herr Ismani
von der Presse:	Herr Conrad
als Gäste:	Frau Ghafury, Herr Beckmann, Herr Kling-Böhm

Protokoll:

Der Vorsitzende Herr Böhm eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Sozialausschusses fest.

Herr Böhm begrüßt sodann die Ombudspersonen für Flüchtlinge Frau Ghafury und Herrn Beckmann. Sie berichten von ihrer Arbeit und ihren Erfahrungen in Marburg. Die Ombudspersonen sehen sich als Vermittler zwischen geflüchteten Menschen und Institutionen. Gerade in Krisensituationen könnten sie hilfreich und unterstützend tätig werden. Oftmals sind es die Kleinigkeiten, die zu einer erfolgreichen Lösung von Problemen führen. Die Universitätsstadt Marburg sei die einzige Stadt in Deutschland, die Ombudspersonen für Flüchtlinge beschäftige. Im weiteren Verlauf wird über die Arbeit mit den Flüchtlingen im Camp berichtet. Nach Schließung des Camps erfolgte eine Verortung mit Ansprechzeiten im Portal in Gisselberg. Mit dem Umzug des Portals in die Mauerstraße beginnt eine Neuordnung der Ansprechzeiten und Kontaktmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang wird auch ein Konzept zur Arbeit der Ombudspersonen erstellt. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet. Frau Kula unterbreitet den Vorschlag, Frau Ghafury auch in die Gleichstellungskommission einzuladen, um dort nochmals über spezifische Belange von geflüchteten Frauen zu sprechen.

---

zu 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.02.2017.

Die Niederschrift der vorhergehenden Sitzung vom 15.02.2017 wird in der vorgelegten Form genehmigt.

---

zu 2 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Vormundschaft persönlich
Vorlage: VO/5136/2016

Herr Severin von den antragstellenden Fraktionen von SPD und BfM beantragt die nochmalige Zurückstellung des Fraktionsantrages, da noch nicht alle Unterlagen, die zur Beschlussempfehlung notwendig sind, vorliegen.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über die Zurückstellung des Fraktionsantrages abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

zu 3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verbesserung der Kinderbetreuung für Berufstätige
Vorlage: VO/5313/2017

Herr Kissel von der antragstellenden Fraktion der CDU beantragt die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über die Zurückstellung des Fraktionsantrages abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

zu 4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Lebensbedingungen und Perspektiven von Jugendlichen in Marburg 2017
Vorlage: VO/5364/2017

Der Fraktionsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde zunächst im Jugendhilfeausschuss beraten. Von dort gab es die Empfehlung, den ursprünglichen Beschlussvorschlag zu ändern. Der geänderte Beschlussvorschlag wurde von Bürgermeister Herrn Dr. Kahle im Sozialausschuss vorgetragen und ausführlich erläutert. Anschließend erfolgte eine ausführliche Diskussion.

Herr Severin weist darauf hin, dass sich durch den Änderungsvorschlag der Sinn des ursprünglichen Fraktionsantrages grundlegend geändert hat. Er möchte diese Änderungen zunächst in seiner Fraktion abstimmen und beantragt die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über die Zurückstellung abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

zu 5 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Platzvergabe in der Kindertagesbetreuung
Vorlage: VO/5367/2017

Der Fraktionsantrag der antragstellenden Fraktionen von SPD und BfM sollte zunächst im Jugendhilfeausschuss beraten werden. Der Jugendhilfeausschuss hat den Fraktionsantrag in seiner Sitzung am 16.03.2017 zunächst zur Beratung und Stellungnahme in die AG § 78 und den Fachausschuss Kinderbetreuung verwiesen.

Insofern wird der Fraktionsantrag erneut zurückgestellt.

zu 6 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Kindertagesstätten-Bauprogramm (KiBaP)
Vorlage: VO/5368/2017

Der Fraktionsantrag der antragstellenden Fraktionen von SPD und BfM sollte zunächst im Jugendhilfeausschuss beraten werden. Der Jugendhilfeausschuss hat den Fraktionsantrag in seiner Sitzung am 16.03.2017 zunächst zur Beratung und Stellungnahme in die AG § 78 und den Fachausschuss Kinderbetreuung verwiesen.

Insofern wird der Fraktionsantrag erneut zurückgestellt.

zu 7 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Kinderbetreuungs-Entwicklungsplan 2017 bis 2021
Vorlage: VO/5369/2017

Der Fraktionsantrag der antragstellenden Fraktionen von SPD und BfM wurde zunächst im Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 16.03.2017 beraten. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt die Annahme des Antrages, mit dem Hinweis, dass die Bearbeitung durch den Magistrat frühestens im Herbst erfolgen kann und der letzte Spiegelstrich "Investitionsbedarf (Instandhaltung, Modernisierung, Neubau)" entfallen soll. Bürgermeister Herr Dr. Kahle erläutert aus Sicht des Magistrats und des Jugendhilfeausschusses die vorgeschlagenen Änderungen. Es folgt eine ausführliche Diskussion im Sozialausschuss.

Anschließend erklärt die Fraktion der CDU den Beitritt zu dem ursprünglichen Fraktionsantrag von SPD und BfM.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über den Fraktionsantrag in seiner ursprünglichen Fassung abstimmen.
Der Fraktionsantrag wird in seiner ursprünglichen Fassung einstimmig zur Annahme empfohlen.

zu 8 Antrag der Fraktionen BfM und SPD betr. Plakataktion gegen Prostitution
Vorlage: VO/5374/2017

Frau Dr. Perabo fragt gleich zu Anfang der Beratung, ob der Antrag schon der Gleichstellungskommission vorgelegen habe. Dies wurde verneint. Sodann wurde der Fraktionsantrag im Ausschuss diskutiert. Weitere Mitglieder des Ausschusses plädierten dafür, den Fraktionsantrag zunächst in die Gleichstellungskommission zur Beratung zu verweisen. Herr Kissel erkundigte sich, wie mit einem Werbeverbot seitens der Stadt juristisch umgegangen werden kann. Für den Magistrat nimmt Oberbürgermeister Herr Dr. Spies Stellung. Am Ende der Diskussion stellt Herr Böhm die Frage an den Ausschuss, ob der Fraktionsantrag zunächst an die Gleichstellungskommission verwiesen werden soll und lässt darüber abstimmen.

Der Fraktionsantrag wird einstimmig zunächst zur Beratung an die Gleichstellungskommission verwiesen.

zu 9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Situation in der Ausländerbehörde
Vorlage: VO/5394/2017

Herr Kissel beantragt für die antragstellende Fraktion der CDU die Zurückstellung des Fraktionsantrages bis zur Sitzung des Sozialausschusses am 21.06.2017.

zu 10 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Erhalt des Eispalasts, der Spanienfreizeit und der Spielzeugbörse
Vorlage: VO/5426/2017

Der Antrag des Kinder- und Jugendparlaments wird ausführlich und kontrovers im Ausschuss diskutiert. Herr Severin weist darauf hin, dass dieser Antrag haushaltswirksame Bestandteile hat und insofern im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2017 zu beraten sei. Der Vorsitzende Herr Böhm weist auf die sozialen Aspekte des Antrages hin. Es werden verschiedene Anträge von Ausschussmitgliedern diskutiert.

Zuletzt stellt Frau Kula den Geschäftsordnungsantrag auf die sofortige Abstimmung.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über den Antrag des Kinder- und Jugendparlaments abstimmen.

Der Antrag wird mit Zustimmung der Fraktionen B90/Die Grünen, Marburger Linke und FDP/MBL bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, CDU und BfM zur Annahme empfohlen.

---

zu 11 Erster Marburger Aktionsplan zur Umsetzung der EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
Vorlage: VO/5428/2017

Für den Magistrat erläutert Oberbürgermeister Herr Dr. Spies die Beschlussvorlage. Er begrüßt ausdrücklich, dass die Universitätsstadt Marburg zu diesem Thema Stellung bezieht und diesen "Ersten Aktionsplan zur Umsetzung der EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" erstellt hat. Sodann übergibt er das Wort an Frau Dr. Amend-Wegmann. Sie erläutert den Aufbau, den Inhalt und die Schwerpunkte des Aktionsplans ausführlich. Sodann erfolgt eine ausführliche Diskussion im Ausschuss. Nachfragen werden gestellt und beantwortet. Von den Fraktionen wird der Aktionsplan ausdrücklich begrüßt.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über die Beschlussvorlage abstimmen.
Die Beschlussvorlage wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

---

zu 12 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Abschiebungen nach Afghanistan verhindern
Vorlage: VO/5435/2017

Frau Kula erläutert den Fraktionsantrag für die antragstellende Fraktion Marburger Linke und appelliert an alle Ausschussmitglieder diesen Antrag mitzutragen. Oberbürgermeister Herr Dr. Spies nimmt für den Magistrat Stellung und erläutert die Rechtslage und die Haltung des Magistrats zu diesem Thema. Seitens der Fraktion B90/Die Grünen legt Frau Dr. Perabo einen Änderungsantrag vor, der den ursprünglichen Fraktionsantrag mit zwei weiteren Absätzen ergänzen soll.

Der Änderungsantrag lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich eindringlich beim Bundesaußenminister Sigmar Gabriel dafür einzusetzen, dass Afghanistan nicht weiter als "sicheres Herkunftsland" eingestuft wird.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die heimischen Bundestagsabgeordneten Sören Bartol (SPD) und Stefan Heck (CDU) auf, sich aktiv sowohl in politischen Gremien als auch bei der Bundesregierung für den Abschiebestopp nach Afghanistan einzusetzen.

Seitens der Vertreter der Fraktion der Marburger Linke wird der Änderungsantrag positiv aufgenommen.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über den geänderten Fraktionsantrag abstimmen.
Der Fraktionsantrag wird gegen die Stimmen der CDU und der BfM sowie bei Enthaltung von FDP/MBL zur Annahme empfohlen.

---

zu 13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Aufstellung eines städtischen Rahmenplans am oberen Rotenberg/ Höhenweg
Vorlage: VO/5450/2017

Für den Magistrat nimmt Bürgermeister Herr Dr. Kahle Stellung und erläutert den derzeitigen Planungsstand. Gleichzeitig empfiehlt Bürgermeister Herr Dr. Kahle die Zurückstellung des Fraktionsantrages bis die Planungen weiter voran geschritten sind. Nach einer kurzen Beratung schlägt die antragstellende Fraktion Marburger Linke vor, den Antrag zurückzustellen.

Die Zurückstellung des Fraktionsantrages wird einstimmig angenommen.

---

zu 14 Verschiedenes

Frau Dr. Perabo möchte gerne die Große Anfrage zur Situation der Wohnungslosen im Rahmen der nächsten Sitzung des Sozialausschusses diskutieren. Der Vorsitzende Herr Böhm wird darum gebeten, dass dieser TOP im Rahmen der Einladung zur nächsten Sitzung auf die Tagesordnung genommen wird.

Herr Kissel erkundigt sich im Rahmen der Einführung des Schülertickets über die Auswirkungen auf die CleverCard und andere Angebote. Oberbürgermeister Herr Dr. Spies antwortet zu diesem Thema.

Marburg, 27.03.2017

Roland Böhm
Vorsitzender

Protokoll: Wolfgang Engler

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: **VO/5136/2016** Status: öffentlich Datum: 04.10.2016
Antragstellende Fraktion/en:	SPD BfM

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Vormundschaft persönlich

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

> Die Stadt Marburg richtet ehrenamtliche Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umAs) ein.
> Hierzu werden ausgewählte, geeignete Personen durch einen freien Träger der Jugendhilfe geschult und fachlich begleitet um jeweils ein bis zwei unbegleitete minderjähre Jugendliche (umAs) zu betreuen.

Begründung:
Nach § 1791b BGB sieht die geltende Rechtslage vor, dass die Bestellung ehrenamtlicher Einzelvormünder Vorrang vor der Amtsvormundschaft hat. Gemäß § 4 SGB VIII hat die Bestellung eines ehrenamtlichen Vormundes nach dem Subsidiaritätsprinzip Vorrang vor der Aufgabenübernahme durch den öffentlichen Träger der Jugendhilfe.
Darüber hinaus ist eine ehrenamtliche persönliche Betreuung für den einzelnen zu betreuenden Jugendlichen wertvoller und bereichernder, da es in der Betreuung vor allem um die Gestaltung einer wertvollen umfänglichen Beziehung zwischen Betreutem und Betreuer geht.
Die ehrenamtliche Betreuung hat weiterhin den Vorteil, dass sie nicht mit „Dienstschluss“ und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch nicht mit der Vollendung des 18. Lebensjahres endet.
Eine entsprechende fachliche Qualifizierung und Begleitung durch einen „Freien Träger der Jugendhilfe“ gewährleistet einen Austausch zwischen den Betreuer/innen.
Soweit ein Jugendlicher Leistungsansprüche aus dem KJHG hat, die er durch seinen Vormund geltend macht, ist es sinnvoll, dass eine Entflechtung von Leistungs- und Kontrollebene (Jugendamt) und Vormund gewährleistet ist (siehe Dresdener Erklärung der BAG Amtsvormundschaft).

Ulrich Severin **Erika Lotz-Halilovic**

Alexandra Klusmann **Gabriele Mensing**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.:	**VO/5313/2017**
	Status:	öffentlich
	Datum:	04.01.2017
Antragstellende Fraktion/en:	CDU	

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der CDU-Fraktion betr. Verbesserung der Kinderbetreuung für Berufstätige

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwiefern die Kinderbetreuung für junge Eltern mit Kleinst- und Kleinkindern, die studieren oder berufstätig sind, (kostenneutral) verbessert werden kann und hierzu entsprechende Vorschläge binnen 6 Monaten vorlegen.

Begründung:

Die Universitätsstadt Marburg liegt im Bereich der Kinderbetreuung im Spitzenfeld in Hessen. Für Eltern, die studieren oder berufstätig sind ist es jedoch zwangsläufig eine Herausforderung, Kinderbetreuung und Ausbildung/Studium/ Beruf in Einklang zu bringen. Deshalb soll der Magistrat prüfen, inwiefern das Betreuungsangebot für diesen Elternkreis verbessert werden kann. Dabei soll insbesondere geprüft werden, inwiefern auch kostenneutrale Verbesserungen vorgenommen werden können und welche Verbesserungen mit welchen zusätzlichen Kosten für die Eltern verbunden wären.

Mathias Range **Winfried Kissel** **Roger Pfalz**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: **VO/5364/2017** Status: öffentlich Datum: 03.02.2017
Antragstellende Fraktion/en:	B90/Die Grünen

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Lebensbedingungen und Perspektiven von Jugendlichen in Marburg 2017

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Bericht über die aktuelle Situation der in Marburg lebenden jungen Menschen zwischen 14 und 21 Jahren vorzulegen und dabei vor allem die folgenden Aspekte zu beleuchten:

1. Alter und Geschlecht

2. Staatsangehörigkeit, Migrationshintergrund

3. Wer besucht jeweils welche Schule und wie viel und welche Jugendlichen haben die Schule ohne Abschluss verlassen?

4. Welche besonderen Angebote gibt es, damit auch sozial benachteiligte Jugendliche einen guten Schulabschluss machen, einen Ausbildungsplatz, einen Studienplatz bekommen können?

5. Wie viele Jugendliche haben jeweils daran teilgenommen und welche Wirkung haben diese Angebote in den letzten Jahren gezeigt?

6. Wie stellen die Träger der Kinder- und Jugendhilfe und die Verantwortlichen für die Jugendarbeit in der Stadt Marburg sicher, dass neue gesellschaftliche und jugendkulturelle Entwicklungen bei den Angeboten berücksichtigt werden?

7. Welche Anforderungen an die Qualität der Angebote gibt es und wie werden diese Anforderungen seitens des öffentlichen Trägers der Kinder- und Jugendhilfe intern und extern kommuniziert und umgesetzt?

8. Welche Angebote für die Gestaltung ihrer Freizeit stehen Jugendlichen zur Verfügung und von welchen Jugendlichen werden sie genutzt?

9. Welchen Bedarf an weiteren Angeboten und Unterstützungsmöglichkeiten für welche Gruppen von Jugendlichen in Marburg sieht der Magistrat?

Begründung:

Bei den derzeitigen sozialpolitischen Diskussionen über gelungene Integration und Inklusion, über eine gute und zukunftsweisende Betreuung und Förderung von Kleinkindern und jungen Schulkindern, über quartiersbezogene Hilfesysteme für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung wird leicht die Situation der Jugendlichen in dieser Stadt aus dem Auge verloren. Jugendliche spielen leider meist nur dann in der politischen Diskussion eine Rolle, wenn sie ‚Probleme' bereiten. Allen ist zwar bewusst, wie wichtig ein gelungenes Erwachsenwerden unserer Jugendlichen für ein friedliches und solidarisches Leben der Gesellschaft ist. Leider wird zu oft übersehen, dass die Politik dafür eine Mitverantwortung trägt. „Auftrag der Jugendarbeit ist es, an den Interessen der jungen Menschen anknüpfend und im Interesse der Jugendlichen politische Entscheidungen zu befördern. Es geht auf der einen Seite um die Befähigung der Jugendlichen zur Beteiligung im Sinne von Selbstbestimmung. Dies schließt die Anregung und Hinführung zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und zum sozialen Engagement mit ein. Auf der anderen Seite hat Jugendarbeit den Auftrag der strukturellen Sicherstellung der Beteiligung junger Menschen in Institutionen und Gremien. Dazu gehört es auch, sich für ein positives Bild der Jugend in der Öffentlichkeit einzusetzen und im Gemeinwesen und in den politischen Gremien vor Ort auf die gesellschaftliche Anerkennung, Akzeptanz und Teilhabe der Jugendlichen in der jeweiligen Kommune hinzuwirken." (Kommune als Ort der Jugendpolitik, Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter, November 2016, S.5)
Um zu klären, ob in Marburg den hier lebenden Jugendlichen eine ausreichend gute Unterstützung für eine chancengleiche Entwicklung gewährt wird, brauchen wir neue Informationen über ihre derzeitige Situation.

Dr. Christa Perabo **Madelaine Stahl**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/5368/2017** öffentlich 06.02.2017
Antragstellende Fraktion/en:	SPD BfM	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Kindertagesstätten-Bauprogramm (KiBaP)

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird gebeten, eine langfristige, stabile und mit den betroffenen Einrichtungen gemeinsam entwickelte Planung für die zukünftigen Investitionen im Bereich der Kindertagesstätten vorzulegen.

Auf der Grundlage einer räumlichen und sozialstrukturellen Bedarfserhebung sollen für Kinder ausreichend Betreuungsplätze in modernen Einrichtungen zur Verfügung stehen, die den pädagogischen Anforderungen frühkindlicher Bildung, Förderung und Betreuung entsprechen. Bei der Ausgestaltung ist der Optimierung des baulichen Arbeitsschutzes für die MitarbeiterInnen (Lautstärke, Übersichtlichkeit) besonderer Vorrang einzuräumen.

Der Planungsentwurf ist der Stadtverordnetenversammlung nach Anhörung von AG 78 und Jugendhilfeausschusses vor der Sommerpause 2018 vorzulegen.

Auf Grundlage des beschlossenen Entwicklungsplans möge der Magistrat eine Umsetzungsplanung analog zum Modell BiBaP nach folgenden Kriterien entwickelt und im ersten Halbjahr 2018 der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorlegen:

- Vorbereitung von Bedarfs- und Prioritätenlisten durch die zuständigen Fachdienste
- Parallel Anmeldung des Bedarfs durch die Einrichtungen unter Beteiligung von MitarbeiterInnen und Elternvertretung
- Erstellung einer Gesamtplanung unter Beteiligung der Einrichtungen, der Freien Träger, der Elternvertretung sowie der betroffenen Fachdienste
- abschließende Planung für einen Zeitraum von 5 Jahren
- nur Vorhaben über 100.000 EUR sollen berücksichtigt werden (keine kleine Bauunterhaltung)

- Gesamtausgabenvolumen ca. 600 EUR pro Platz und Jahr (Schule: 540 EUR pro Kind und Jahr)

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt im Sommer 2017 mit Auswirkung Haushalt 2018 das KiBaP. Bis zur Erstellung der Gesamtplanung sind keine neuen Maßnahmen zu beginnen, soweit es sich nicht um kurzfristig unvermeidliche Maßnahmen der Bauunterhaltung handelt.

Begründung:

Marburg hat in den vergangen Jahren enorm viel in die bauliche Verbesserungen der Kindertagesstätten investiert; einzelne Einrichtungen wurden komplett neu gebaut. Die baulichen Verbesserungen führten auch dazu, dass das Angebot der Kindertagesbetreuung erweitert und qualitativ verbessert werden konnte.

Es ist deshalb zunächst eine Bestandsaufnahme des zukünftigen Bedarfs für investive Maßnahmen zur Kindertagesbetreuung zu erstellen. Auf dieser Grundlage ist dann eine mittelfristige Bauplanung – etwa für den Zeitraum bis zum Haushalt 2021 – zu erstellen, die sowohl notwendige Sanierungsmaßnahmen wie auch den Um-, Erweiterungs- und Neubau von Einrichtungen umfasst.

Das vom Oberbürgermeister angeregte Bildungsbauprogramm (BiBaP) für Schulen hat sich bislang als großen Erfolg erwiesen und dazu geführt, dass für die gesamte Schulgemeinde Planungssicherheit auf Jahre entstanden ist.

Die Träger, Eltern und nicht zuletzt das Personal der Kindertagesstätten benötigen ebenfalls diese Planungssicherheit und sollen deshalb an der Erstellung des KiBaP von Anfang an beteiligt werden. Eine Gesamtplanung führt auch dazu, dass die Umsetzung eines solchen Bauprogrammes im Haushalt mit einer mittelfristigen Planung gut abgesichert werden kann. Zur Finanzierung der Umsetzung des KiBaP sollen alle möglichen Fördermittel von Bund und Land in Anspruch genommen werden.

Ulrich Severin **Gabriele Mensing**
Matthias Simon

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: **VO/5367/2017** Status: öffentlich Datum: 06.02.2017
Antragstellende Fraktion/en:	SPD BfM

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Platzvergabe in der Kindertagesbetreuung

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat soll zukünftig – zur Verbesserung der Transparenz und der Elterninformation – sicherstellen, dass im städtischen Internet ersichtlich ist, welche Plätze in der Kindertagesbetreuung angeboten werden.
Hierzu ist es notwendig, dass alle Anmeldungen zentral beim Jugendamt – Fachdienst Kindertagesbetreuung – zeitnah gemeldet werden.
Es soll weiterhin geprüft werden, ob durch eine zentrale Platzvergabe dem Elterninteresse auf die Betreuung ihres Kindes in einer von ihnen gewünschten Einrichtung verbessert werden kann.

Begründung:

Eltern melden ihr zu betreuendes Kind zu unterschiedlichen Zeiten in verschiedenen Kindertagesbetreuungseinrichtungen oft auch bei unterschiedlichen Trägern an. Dieses führt zu einem Vergabeverfahren, dass für Eltern intransparent ist und die Planungen bei der Sicherstellung ausreichender Plätze in den verschiedenen Einrichtungen erschwert.

Ulrich Severin
Matthias Simon

Gabriele Mensing

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: **VO/5450/2017** Status: öffentlich Datum: 28.02.2017
Antragstellende Fraktion/en:	Marburger Linke

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Aufstellung eines städtischen Rahmenplans am oberen Rotenberg/ Höhenweg

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, in Zusammenarbeit mit der Gemeinnützigen Wohnungsbau GmbH Marburg/Lahn (GeWoBau) einen Rahmenplan für den Bereich „Oberer Rotenberg/ Höhenweg“ zu entwickeln. Mit diesem Rahmenplan soll vor allem die Versorgung von bezahlbarem Wohnraum für benachteiligte Wohnungssuchende in Marburg verbessert und die Handlungsempfehlungen der InWIS-Studie umgesetzt werden. Der Punkt „Sicherung der Sozialen Wohnraumversorgung und Vermeidung einseitiger Belegungsstrukturen“ soll dabei besonders berücksichtigt werden.

Begründung:

Im Wohnraumversorgungskonzept der Universitätsstadt Marburg wird dieses Gebiet bereits als möglicher Standort hervorgehoben. Sowohl in der INWIS-Studie und im Wohnraumversorgungskonzept der Stadt Marburg geht hervor, dass vor allem im Bereich bezahlbarer Wohnungen ein starker Nachholbedarf besteht.

Leider ist immer noch nicht klar, wie es mit dem im letzten Jahr beschlossenen Rahmenplan „Am Krekel“ weitergehen wird, da dieser Rahmenplan mit einem Wegzug des DBM verknüpft sein soll.

Derzeit wird geprüft, ob die Ansiedlung eines Nahversorgers (tegut) in dem Bereich „Oberer Rotenberg/Höhenweg möglich ist. Dies böte ideale Voraussetzungen, um in diesem Bereich benötigten Wohnraum zu schaffen.

Zudem sei daran erinnert, dass die Planungen auf dem Vitosgelände immer noch unklar sind. Jedenfalls faktisch noch nicht mit einer Bebauung gestartet werden kann.

Tanja Bauder-Wöhr **Renate Bastian** **Elisabeth Kula** **Jan Schalauske**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/5481/2017** öffentlich 17.03.2017
Antragstellende Fraktion/en:	Piratenpartei	

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich

Antrag der Piratenpartei betr. Haushalt VII - Erhöhung der KITA-Zuweisungen durch das Land Hessen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg stellt fest, dass die vom Land Hessen den Kommunen zugewiesenen KITA-Finanzierungsmittel bei weitem nicht ausreichend sind und daher erhöht werden müssen.

Der Magistrat wird gebeten, innerhalb der kommenden 3 Monate zu möglichst vielen anderen hessischen Kommunen Kontakt aufzunehmen, um einen Beratungstermin für die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie festzusetzen, die zum Ziel die Beantwortung der Frage haben soll, in welcher Form man am Nachdrücklichsten konzertiert auf eine hessenweite Erhöhung der KITA-Zuschüsse hinwirken kann.

Die Stadt Marburg schlägt an einem Sonntag eine von der jeweiligen Gemeindevertretung organisierte Demonstration in Wiesbaden vor, bei der hessenweit die ÖPNV-Busse der beteiligten Kommunen in Wiesbaden vorfahren, um ihr Anliegen dem Landtag publikumswirksam mitzuteilen.

Begründung:

Wir haben in Marburg vor kurzem erst wieder eine Diskussion erlebt, die die Unzulänglichkeiten des Landes Hessen deutlich macht, wenn es um die Auskömmlichkeit der kommunalen KITA-Finanzierung durch das Land geht.

Anstelle KITA-Gebühren auf kommunaler Ebene selektiv für die Eltern erhöhen zu müssen, sollte das Land im Bereich KITA seine finanziellen Zuschüsse entsprechend den modernen Ansprüchen erhöhen und damit zugleich ein deutliches Signal gegen die derzeitige demographische Entwicklung der BRD setzen.

Unter den aktuellen Bedingungen kann man sich die Frage stellen, inwieweit das Land diesbezüglich seiner Vorsorgepflicht überhaupt noch ausreichend nachkommt.

Dr. Michael Weber

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Große Anfrage	Vorlagen-Nr.:	**VO/5362/2017**
	Status:	öffentlich
	Datum:	02.02.2017
Einreichende Fraktion/en:	B90/Die Grünen	

Beratungsfolge:		
Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Stand der Umsetzung des Konzepts zur Wohnungslosenhilfe der Universitätsstadt Marburg

Der Magistrat wird gebeten zum Stand der Umsetzung des im März 2015 beschlossenen Gesamtkonzepts zur Wohnungslosenhilfe die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Können die im Konzept vorgesehenen Angebote zur Beendigung der Wohnungslosigkeit und Reintegration der betroffenen Personen – a) Notunterkunft kurzfristig, b) befristete Unterbringung zur Klärung der Situation, c) Interimsunterkunft, d) Probewohnen –ansatzweise auch ohne die dafür erforderlichen baulichen Maßnahmen gemacht werden?

2. Gibt es dabei auch Angebote für Frauen zur Beendigung der Wohnungslosigkeit und Reintegration, die sicher und getrennt von Männern in den von a) bis d) aufgelisteten Bereichen stattfinden?

3. Gibt es konkrete Planungen für die vom städtischen Bauamt für notwendig erachtete komplette Sanierung mit Umbau der Gisselberger Strasse 35, incl. Kostenplanung und sind dabei spezielle Unterbringungsmöglichkeiten für Frauen berücksichtigt ?
4. Wurden bereits Verbesserungen bei den Notunterkünften des Übernachtungsheims vorgenommen und wenn ja welche?

5. Wann sollen die Umbaumaßnahmen des Gebäudes Gisselberger Strasse begonnen bzw. durchgeführt werden?

6. Welche Interimslösung wird für die Zeit des Umbaus in Betracht gezogen, sieht der Magistrat in den Wohncontainern in Cappel dafür eine Lösung?

7. Wie weit wurden die als Notunterkünfte genutzten Wohnungen im Ginseldorfer Weg inzwischen modernisiert?

8. Welche Stelle der Stadtverwaltung hat die Koordination und das Monitoring des Gesamtprozesses der Marburger Wohnungslosenhilfe übernommen?

9. Welche (Finanzierungs-)Chancen bestehen für die Reintegrationsmaßnahmen des Konzepts und die erforderlichen zusätzlichen Stellen beim Diakonischen Werk Oberhessen und den anderen beteiligten Freien Trägern?

Begründung:

Bereits im März 2015 wurde aufgrund eines gemeinsamen Antrags von Bündnis 90/Die Grünen und SPD beschlossen, dass das gemeinsam von der Stadtverwaltung mit den Trägern diskutierte und überarbeitete Konzept zur Wohnungslosenhilfe umgesetzt werden soll. In diesem Beschluss wurde nicht nur das gemeinsame Ziel festgehalten, sondern auch die Schritte beschlossen, die umgesetzt werden sollen: Kooperation zwischen den damit befassten Stellen der Stadtverwaltung, der Freien Träger und Wohnungsbaugesellschaften – diese Kooperation besteht. Unklar ist jedoch, wieweit die geforderten Planungen, Übergangslösungen und Umbauten in Gang gesetzt wurden bzw. wann sie umgesetzt werden sollen.

Dr. Christa Perabo **Madelaine Stahl**